



Deutscher BundeswehrVerband

EXTRA

Juli

Unsere Attraktivitätsagenda 2011

Der DBwV warnt: Kein Sparen um jeden Preis!

Knapp, präzise und teuer – so beschreibt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg das Forderungspapier des Deutschen Bundeswehrverbandes mit dem Titel „Attraktivitätsagenda 2011“. In diesem Papier sind die Verbesserungen aufgeführt, die die Interessenvertretung der Soldaten als unverzichtbar ansieht, wenn es darum geht, zukunftsfähige Streitkräfte aufzubauen. Natürlich kosten diese Maßnahmen Geld, doch die Investition kommt gleichermaßen den Menschen in den Streitkräften wie dem System Bundeswehr zugute. Nur wenn zufriedene Soldaten Dienst tun und ihr Beruf künftig attraktiv ist, können sie ihre Aufgaben erfüllen. Dies ist umso wichtiger angesichts des tief greifenden Wandels, vor dem die Streitkräfte stehen.

Im Einzelnen erhebt der Verband Forderungen zum **Einsatz**, zur **Vereinbarkeit von Familie und Dienst**, zum **Dienst- und Laufbahnrecht**, zur **Besoldung**, zur **Versorgung**, zur **Betreuung und Fürsorge** sowie zu **Beteiligungsrechten**.

● So fordert der DBwV, die **Kontingentdauer** im Einsatz grundsätzlich auf vier Monate mit anschließend ausreichender einsatzfreier Zeit zu beschränken. Um die **Rechtssicherheit** im Einsatz zu gewährleisten, ist eine Zentralisierung der Zuständigkeiten für Strafverfahren gegen deutsche Soldaten auf ein Gericht und eine zugeordnete Staatsanwaltschaft notwendig. Natürlich muss die **Ausrüstung** für den Einsatz und die Ausbildung im Inland an die tatsächliche Lage angepasst sein. Eine bessere **Einsatzversorgung** haben auch Nicht-Berufssoldaten verdient.

● Der Verband fordert zudem das **Wahlrecht** zwischen **Umzugskostenvergütung** und dauerhaft gewährtem **Trennungsgeld**. Zur Verbesserung der **Vereinbarkeit von Familie und Dienst** zählt etwa auch die flächendeckende **Kinderbetreuung**. Überdies müssen **Pendlerunterkünfte** geschaffen werden.

● Die Förderchancen ließen sich verbessern, wenn **Planstellen** auch in dem Umfang zur Verfügung stehen, wie das jeweilige Personalstrukturmodell dies vorsieht. Daneben fordert der Verband **flexible**, individuell angepasste **Verpflichtungszeiten** ohne Altersgrenzen und mehr Möglichkeiten für Seiteneinsteiger. Die zentrale Personalführung sollte gelockert werden, Soldatinnen und Soldaten müssen **mehr Mitspracherechte** bei der Besetzung militärischer Dienstposten erhalten.

● Thema Besoldung: Wir fordern eine **Streitkräftezulage** vergleichbar



Die Soldaten sorgen sich um die Zukunft. Wir sind für sie da!

mit der Stellenzulage für Beamte im Polizeivollzugsdienst. **Stellen- und Erschwerniszulagen** müssen erhöht und dynamisiert werden. Steigen müssen auch die Beträge im Unterhaltssicherungsgesetz – um 40 Prozent für Wehrübende und um 30 Prozent für GWDL/FWDL. Zudem müssen generell die **Hinzuverdienstgrenzen** entfallen.

● Die **Versorgungsbezüge** dürfen nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Der Verband fordert, SaZ für die Dauer der Dienstzeit **Versorgungsanwartschaften** (den Berufssoldaten vergleichbar) zu gewähren. Im **Versorgungsausgleich** müssen Soldatenspezifika berücksichtigt werden. NVA-Dienstzeiten sollten analog zum ruhegehaltfähigen Niveau der Berufssoldaten aus den „alten Bundesländern“ bewertet werden.

● An der **unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung** darf nicht gerüttelt werden. Das gilt auch für **Sozial- und Freizeiteinrichtungen**. Soldaten mit Posttraumatischen Belastungsstörungen (**PTBS**) und ihren Familien muss schneller geholfen werden. Der Verband fordert, auch FWDL und Reservisten konsequent einzubeziehen. Ausscheidenden Soldaten muss der Sprung ins Berufsleben mit **Stellenbörsen** erleichtert werden.

● Der DBwV fordert, die **Beteiligungsrechte** bei Personalmaßnahmen auszuweiten und ein **Widerspruchsrecht** bei Überbeanspruchung im/durch den Einsatz einzuräumen.

Die komplette Agenda finden Sie unter www.dbwv.de.

Wir sind für
unsere
Mitglieder da!